

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postämter, Postträger und Geschäftsstellen sind angeschlossen. Im Krieg oder sonstiger Verhältnisse erfolgt nur, wenn Post bezahlt wird.

Anzeigenpreis: die 6-spaltige Zeile 20 Wfg., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Wfg. Die 2-spaltige Zeile 10 Wfg. Die 1-spaltige Zeile 5 Wfg. Nachweisungsgebühr 20 Wfg. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 273 — 91. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 284

Dienstag, den 22. November 1932

Noch keine Klärung der Regierungsfrage

Die Voraussetzungen des Reichspräsidenten.

Im wesentlichen besteht die innenpolitische Lage darin, überraschend schnell ein anderes Gesicht zu erhalten, und man kann nicht sagen, welches nun das letzte und endgültige sein wird! Und des weiteren darf man hinzufügen, daß in diesen verschiedenen Gesichtern eines übereinstimmend ist: die Unbestimmtheit der Züge. Daß alles beides den günstigsten Nährboden für die Demokratie abgibt, macht es erklärlich, daß in der Wilhelmstraße und im Reichswehrministerium Dementis so zahlreich werden mußten wie selten zuvor. Jedem Gerücht legt man daher möglichst sofort die Pilatusfrage entgegen: Das ist Wahrheit! Dann wird die Antwort meist sehr schwer, da während dieser Krise im allgemeinen die Türen den unbefugten Ohren fest verschlossen bleiben.

Hitler hat — nach außen hin — am Sonntag irgendwelche Verhandlungen mit den anderen Parteiführern der Rechten und der Mitte nicht aufgenommen, sondern überließ dies seinem Parteifreund, dem Reichspräsidenten Göring. Aber dieser konfertierte nur mit den Führern des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, da Dr. Eugenberger, der deutsche nationale Parteiführer, sich weigerte, mit einem anderen als mit Hitler zu verhandeln. Dies war wohl — man muß, wie gesagt, immer nach Außerlichem und nach Vermutungen gehen — die Veranlassung für den Staatssekretär Hindenburgs, Dr. Weiskner, noch am Sonntagabend den Führer der Nationalsozialisten für Montagvormittag zum Besuch beim Reichspräsidenten aufzufordern. Ursprünglich war beabsichtigt, daß Hitler für seine „Führungsnahme“ mit den anderen Parteien noch bis Dienstag oder Mittwoch Zeit haben sollte.

In der Unterredung mit Hindenburg hat nun Hitler den Anspruch auf Betreuung mit der Kanzleramt als Vertreter der stärksten Partei bestanden und der Reichspräsident diesem Anspruch jetzt nachgeben zu sollen geglaubt. Aber er will das nicht sofort insofern verwirklichen, als er etwa den nationalsozialistischen Führer mit der Kabinettsbildung beauftragt hat, sondern er richtete an Hitler nur die Frage, ob er einen solchen Auftrag annehmen würde. Um auf diese Frage zu antworten, erbat sich Hitler einige Stunden Bedenkzeit; aber bereits für den Montagnachmittag erfuhr ihn Hindenburg um eine grundsätzliche Stellungnahme dazu, festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen eine von ihm geführte Regierung eine sichere arbeitsfähige Mehrheit mit einheitlichem Arbeitsprogramm im Reichstag finden würde. Hitler war also damit noch nicht etwa „mit der Kabinettsbildung betraut“, sondern hatte lediglich festzustellen, ob und wie er für eine solche Beauftragung die parlamentarische Mehrheitsmöglichkeit zusammenbringen könnte.

Bei dem Ersuchen um Antwort auf diesen Auftrag handelte es sich für den Reichspräsidenten keineswegs ausschließlich darum, ob ein Kabinett Hitler mit Unterstützung der Mitte — Zentrum und Bayerische Volkspartei — und anderer Teile des Reichstages doch irgendeine tatsächliche oder durch „Tolerierung“ herbeigeführte Mehrheit erhalten würde, sondern es kam dem Reichspräsidenten jedenfalls viel mehr auf etwas anderes, Wichtigeres an: Ein Arbeitsprogramm des neuen Kabinetts. Mehr noch: Ein einheitliches Arbeitsprogramm. Und noch mehr: Hinter der von Hitler geführten Regierung müßte eine „sichere, arbeitsfähige Mehrheit“ des Reichstages stehen. Das sind drei ganz außerordentlich schwere Bedingungen! Und wenn Hitler etwa glaubte, wenigstens auf die beiden ersten Fragen dem Reichspräsidenten eine genügende Antwort geben zu können, so waren im Augenblick der Fragestellung naturgemäß die Verhandlungen mit den anderen in Betracht kommenden Parteien längst noch nicht so weit geführt, um auch die dritte Frage beantworten zu können. Und diese wiederum lautete, ob „und unter welchen Bedingungen“ Hitler jene Mehrheit im Reichstag finden würde.

Diese „Bedingungen“ hatten nun wieder ein doppeltes Gesicht: Bedingungen des Reichspräsidenten für das Arbeitsprogramm eines Kabinetts Hitler, Bedingungen andererseits, die die von Hitler „heranzuziehenden“ Parteien stellen könnten. Daß Hindenburg eine Weiterführung des schon weit verwirklichten „Ankurbelungsprogramms“ der Papen-Regierung verlangt hat, darf als unzweifelhaft betrachtet werden. Denn der Reichspräsident hat bereits in seiner früheren Beauftragung Papens zur Verhandlung mit den Parteiführern ausdrücklich darauf hingewiesen, daß er an dem Grundgedanken der „festen Staatsführung“, also der Präsidial-Regierung, nichts ändern lassen will. Auch andere Vorbildungen Hindenburgs werden die Linie angedeutet haben, in der ein künftiges Kabinett zu arbeiten hätte.

In Ergänzung der amtlichen Mitteilung über den Empfang Hitlers durch Hindenburg am Montagvormittag wurde von der Reichspressestelle der Nationalsozialisten noch folgende Meldung herausgegeben:

Der Führer wurde Montag um 10.30 Uhr zum Reichspräsidenten gebeten. Der Reichspräsident richtete an diesen das Ersuchen, bis Donnerstagabend zu erklären, ob ein von ihm gebildetes und unter seiner Führung stehendes Kabinett eine parlamentarische Mehrheit besitze. D diesem Auftrag wurden eine Anzahl präsidialer Vorbehalte als Voraussetzung beigelegt. Auftrag und Vorbehalte sind schriftlich niedergelegt. Der Führer erklärte, erst nach eingehender Prüfung dieser Bedingungen mitteilen zu können, ob sich damit eine Aussicht ergebe, die gewünschten Verhandlungen zu führen. Das Ergebnis dieser Prüfung soll noch im Laufe des Montags dem Reichspräsidenten zugestellt werden.

Hitler hat nach seinem Empfang durch den Reichspräsidenten sofort die Besprechungen mit seinen Beratern darüber aufgenommen, ob er in der Lage ist, den vom Reichspräsidenten gestellten Auftrag auszuführen. U. a. wurde auch der ehemalige Reichsbankpräsident Dr. Schacht zu diesen Besprechungen hinzugezogen.

In politischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß, falls Hitler entweder den Auftrag des Reichspräsidenten ablehnen oder in den weiteren Verhandlungen eine parlamentarische Mehrheit nicht zustande bringen sollte, Hindenburg wahrscheinlich nochmals einen Auftrag zu einer parlamentarischen Mehrheitsbildung erteilen würde. Hierfür käme entweder der Führer der Zentrumspartei, Kaas, oder der Nationalsozialist Straffer in Frage.

Papen bei Hindenburg.

Wie bekannt wird, hat am Sonntag zwischen dem Reichspräsidenten von Hindenburg und dem Reichskanzler von Papen eine längere Unterredung stattgefunden.

Geforderte Garantien.

Zu den Verhandlungen mit Hitler schreibt der Regensburger Anzeiger, der gute Beziehungen zur Münchener Regierung unterhält: Von seiten des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei aus müssen selbstverständlich in diesen Verhandlungen mit Hitler bzw. den Nationalsozialisten verfassungsmäßige Garantien verlangt und vom Verhandlungspartner auch feste Zusagen gegeben werden zu dem Problem der Reichsreform, Garantien und Zusagen, die dem bisher eingenommenen Standpunkt der Bayerischen Volkspartei und bayerischen Staatsregierung, wie er von den Debatten und Kämpfen vor der letzten Reichstagswahl hinreichend und allenthalben bekannt ist, voll gerecht werden.

Noch keine Klärung der Regierungsfrage.

Der Inhalt des Hitler-Briefes. — Aussprache Dr. Schachts mit dem Führer der NSDAP.

Der Brief Adolf Hitlers an den Staatssekretär Weiskner wird, wie aus gutunterrichteter Berliner Quelle verlautet, voraussichtlich nicht veröffentlicht werden. Der Brief wurde am Montagabend um 20 Uhr durch den Reichstagspräsidenten Göring übergeben. Aber den Inhalt der vorläufigen Antwort Hitlers, die die Form einer Reihe von Rück- und Vorfragen enthält, verlautet jedoch,

daß Hitler den Auftrag des Reichspräsidenten in der gewünschten Form nicht angenommen hat, wogegen die Tür zu weiteren Verhandlungen offen bleibt.

Unter den Persönlichkeiten, mit denen im Laufe des Montagnachmittags im Kaiserhof eingehende Aussprachen gepflogen worden sind, befand sich auch der Reichsbankpräsident a. D. Dr. Schacht. Mit Persönlichkeiten anderer Parteien, die für eine etwaige Kabinettsbildung in Frage kämen, ist jedoch von nationalsozialistischer Seite nicht verhandelt und bisher auch nicht Fühlung genommen worden. Die Meldung, daß am Sonntag Reichstagspräsident Göring mit Eugenberger verhandelt habe, bekräftigt sich nicht, vielmehr hat es sich um eine andere führende Persönlichkeit des Zentrums gehandelt, wogegen sich der Parteiführer Prälat Kaas durchaus zurückgehalten hat.

Um die Klärung der Vorfragen.

Die Rückfragen, die Adolf Hitler in seinem Brief an den Staatssekretär Weiskner gestellt hat, dürften sich u. a. auf die Bedingungen beziehen, von denen in der nationalsozialistischen Mitteilung über den Auftrag an Adolf Hitler die Rede gewesen ist.

Diese „präsidialen Vorbehalte“ beziehen sich vor allem darauf, daß in der Führung der Außenpolitik sowie in der Führung der Reichswehr die bisherige Linie weiterverfolgt wird und daß beide Ministerien in sachlicher wie personeller Hinsicht unter allen Umständen der parteipolitischen Einflussnahme entzogen bleiben.

Weitere Vorbehalte beziehen sich auf die bisher erlassenen Notverordnungen zur Belebung der Wirtschaft, wobei die Arbeitsbeschaffung in dem bisherigen Sinne fortgeführt werden soll. Auch sollen Sicherungen gegen gemeinsame radikale Streikaktionen gegeben werden. Endlich soll in der bisherigen Entwicklung des Verhältnisses zwischen Reich und Preußen keine rückläufige Bewegung eintreten. Reichs- und Verfassungsreform sollen in der angegebenen Weise vorwärtsgetrieben werden.

Schwere Bedenken der Bayerischen Volkspartei.

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz schreibt u. a.: Es frage sich, ob sich unter der Führung eines Adolf Hitler der Gedanke der nationalen Konzentration verwirklichen lasse und ob für die Bayerische Volkspartei eine direkte oder indirekte Unterstützung eines Hitlerschen Regierungsexperimentes in Frage kommen könne. Es liege auf der Hand, daß es sich hierbei um das gewagteste und gefährlichste Experiment der deutschen Politik handele. Darum bedürfe es reiflicher Überlegung, ob es die Bayerische Volkspartei auf sich nehmen könne, allerdings unter ganz bestimmten Vorbedingungen, der Bestellung einer Regierung Hitler nicht zu widersprechen. Diese Bedingungen könnten dahin gehen, daß ein verfassungsmäßiges Weiterregieren im Reich garantiert und die Aufrichtung einer Parteidiktatur unter allen Umständen unmöglich gemacht werde. Unmöglich könne die Bayerische Volkspartei ihre Zustimmung dazu geben, daß nicht nur die Führung der Reichsgeschäfte, sondern gleichzeitig auch die Führung Preußens in die Hände der Nationalsozialistischen Partei gelegt werde. Der Landesvorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Staatsrat Schäffer, der nach dem Empfang bei Hindenburg nach München zurückgekehrt war, ist Montag nacht wieder nach Berlin abgereist.

Beantwortung der Fragen Hitlers.

Amtlich wird mitgeteilt: Der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Adolf Hitler, hat an den Staatssekretär Dr. Weiskner ein Schreiben gerichtet, in welchem einige Rückfragen gestellt werden, deren Beantwortung im Laufe des Dienstags erfolgen wird.

Der gefährdete Völkerbund.

Vor dem Austritt Japans?

Die außerordentliche Tagung des Völkerbundes in Genf, die zur Regelung des Mandchurei-Streits auf der Grundlage des Lytton-Berichts einberufen worden ist, wurde eröffnet.

Die Eröffnungsfeier trug den Charakter einer großen historischen Tagung. Der Saal und die Diplomaten- und Pressetribünen sind überfüllt. In einer eineinhalbstündigen Rede entwickelte zuerst Matsukata Japan die bestimmten Gedankengänge der japanischen Denkschrift zum Lytton-Bericht.

In dieser Erklärung sieht man in Genf eine uneingeschränkte Absage Japans an den Völkerbund, und die Betonung gleich zu Beginn der Verhandlungen, daß die japanische Regierung die Oberhoheit und Zuständigkeit des Völkerbundes für die Regelung der mandchurischen Frage nicht anerkennt.

Die Verhandlungen sind von der allgemeinen Auffassung beherrscht, daß das Schicksal des japanisch-chinesischen Streites von entscheidender Bedeutung für die Weiterverhandlung in der Abrüstungsfrage ist. Man weiß, daß die japanische Regierung ohne ihre Wünsche entsprechende Regelung der mandchurischen Frage jede Beteiligung an einem Abrüstungsabkommen ablehnen wird, und daß damit die Lösung der Abrüstungsfrage im Rahmen der Abrüstungskonferenz für die Vereinigten Staaten und die englische Regierung unmöglich gemacht wird.

Darüber hinaus hängt auch das Schicksal der Weltwirtschaftskonferenz, das eng mit der Lösung der Abrüstungsfrage verbunden ist, letzten Endes von einer sofortigen befriedigenden Lösung der mandchurischen Frage ab. Außerdem würde ein Austritt Japans, mit dem im Falle erfolgloser Verhandlungen des Rates allgemein gerechnet wird, den Völkerbund tödlich treffen.